

Solidarpakt II

In Finanznot sind vorrangig Städte und Gemeinden geraten, die mit Arbeitslosigkeit und Strukturwandel zu kämpfen haben. Wo Industrie und Handel schrumpfen, das Durchschnittsalter der Menschen steigt, aber wenig Jugend nachrückt, dort fehlen die für öffentliche Kulturfinanzierung essentiellen Steuereinnahmen. Schmerzhaft bekommen dies viele Kommunen in NRW, Rheinland-Pfalz und dem Saarland zu spüren, aber auch in Schleswig-Holstein und den Stadtstaaten Bremen, Hamburg und Berlin. Das Phänomen ist wenig ausgeprägt in Baden-Württemberg oder Bayern, wo es um die Wirtschaft insgesamt besser bestellt ist. Es ist bislang auch kaum in den Kommunen der Neuen Bundesländer zu beobachten, da hier noch der „Solidarpakt II“ greift.

Der Solidarpakt II trat 2005 in Kraft, um Ostdeutschland weiterhin bei Modernisierung und Aufschwung zu unterstützen. Der Solidarpakt II hat ein Gesamtvolumen von 156,5 Milliarden Euro und wird vom Bund finanziert, wobei die bereitgestellten Mittel Jahr für Jahr abnehmen. 2019 wird er auslaufen. In Verbindung mit dem Solidaritätszuschlag und dem Länderfinanzausgleich hat er in den vergangenen Jahren vielen ostdeutschen Kommunen ausgeglichene Haushalte ermöglicht. Fallen diese finanziellen Zuführungen 2019 weg, stehen die ostdeutschen Städte vor immensen Problemen, da Arbeitslosigkeit und Strukturwandel im Osten vielerorts gravierender ausfallen als im Westen. Trotz Solidarpakt sind schon heute in Mecklenburg-Vorpommern Kommunen derart in Finanznot, dass sie überschuldet sind und freiwillige Leistungen abbauen. (Stand: Februar 2011)